

Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende 2018/19 an die Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung und an den Nationalrat

Zusammenfassung

Die Ombudsstelle für Studierende (OS) im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) hat jeweils per 15. Dezember gemäß § 31 Abs 7 Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz (HS_QSG) an den zuständigen Bundesminister / die zuständige Bundesministerin sowie an den Nationalrat einen Tätigkeitsbericht (TB) über das jeweils vorherige Studienjahr vorzulegen .

Der Bericht 2018/19 wird auf der Homepage des Parlaments sowie auf der Homepage der Ombudsstelle für Studierende zur Verfügung stehen.

Berichtszeitraum ist das Studienjahr 2018/19.

- **Berichtsgegenstand und generelle Statistiken:**

Berichtsgegenstand sind die Wahrnehmungen der OS zu im Berichtszeitraum vorgebrachten Anliegen aus dem per Gesetzesauftrag definierten Studien-, Lehr-, Prüfungs-, Service- und Verwaltungsbetrieb an hochschulischen Bildungseinrichtungen im österreichischen Hochschulraum sowie an Einrichtungen, die mit Studierendenthemen befasst sind.

Die hochschulischen Bildungseinrichtungen umfassen alle öffentlichen Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen, öffentlichen und privaten Pädagogischen Hochschulen, die Donauuniversität Krems, die Diplomatische Akademie Wien, das *Institute of Science and Technology Austria* sowie sogenannte „§ 27 HS-QSG“ – Institutionen (i.e. grenzüberschreitende Studien).

Unter mit Studierendenthemen befasste sonstige Einrichtungen fallen die Studienbeihilfenbehörde, die Stipendienstellen, die Aufenthaltsbehörden etc..

Die vorgebrachten Anliegen kommen von österreichischen und internationalen Studieninteressentinnen und –interessenten, Studienwerberinnen und –werbern, Studierenden sowie von ehemaligen Studierenden.

Die **Studierendenzahlen** aller hochschulischen Bildungseinrichtungen im österreichischen Hochschulraum (mit Stichtagsabweichungen) zusammengefasst ergeben für das Studienjahr 2018/19 insgesamt **396.366** Studierende.

Die Zahl der **Studienwerberinnen und –werber**, soweit erhebbar, betrug

- an Fachhochschulen **58. 666** Personen (Mehrfachbewerbungen möglich!)
- für öffentliche Universitäten und Pädagogische Hochschulen gibt es keine netz-verfügbaren Bewerberinnen- und Bewerberzahlen
- im Bereich der Privatuniversitäten gab es insgesamt **10.560** Bewerberinnen und Bewerber.

- **Anliegen in Zahlen**

Wie bereits in früheren Jahren gibt es ein erhöhtes Aufkommen von Anliegen zu Zeiten von Fallfristen von Gesetzen, Verordnungen und institutionellen Regeln, so im (September, Ende der Erstzulassungen an öffentlichen Universitäten und Feststehen der Auswahlergebnisse an Fachhochschulen) sowie im November (Ende der Nachfrist an öffentlichen Universitäten) sowie zu den Vorlageterminen von Anträgen auf Studienbeihilfe.

Anliegen nach Geschlecht: **43%** der Anliegen kamen von Männern, **57%** von Frauen.

Zu Redaktionsschluss waren **461** von **478** Anliegen abgeschlossen. Davon wurden **11%** von der OS gegenüber den Anliegenvorbringerinnen und -vorbringern in deren Sinne gelöst, bei **64%** der Anliegen wurden die Informationen erteilt; bei **4%** der Anliegen ergab sich nach Überprüfung des Sachverhaltes keine Zuständigkeit der OS, bei **12%** wurden zur Weiterbearbeitung durch die OS von den Anliegenvorbringerinnen und -vorbringern keine Zustimmungserklärung erteilt, somit war keine Behandlung dieser Anliegen möglich. Bei **5%** der Anliegen war keine Lösung möglich.

Aufteilung der Anliegen nach Institutionen:

Universitäten: 219 (46%)
 Sonstige Institutionen: 65 (14%)
 Institutionen nicht genannt / bekannt: 63 (13%)
 Fachhochschulen: 52 (11%)
 Studienbeihilfenbehörde: 49 (10%)
 Pädagogische Hochschulen: 18 (4%)
 Privatuniversitäten: 12 (3%)

- **Anliegen nach Themen**

Die zehn häufigsten Themen waren:

128 Studienbedingungen (27%)
 108 Zulassung zum Studium (23%)
 60 Sonstiges (13%)
 49 Studienbeihilfe (10%)
 32 Studienbeitrag (7%)
 31 Anerkennung / Anrechnung von Leistungen (7%)
 16 akademische Grade (3%)
 12 Nostrifizierung (3%)

11 Stipendien (2%)

11 Mobbing / Diskriminierung (2%)

Die Themenhäufigkeit variierte nach Hochschultypen

- **Beschreibung von Anliegen**

Wie auch in früheren Berichten werden auch im TB 2018/19 Anliegen im Detail dargestellt und über Ergebnisse berichtet. Zu berücksichtigende Gesetzesmaterien werden jeweils zu Beginn der Anliegenschilderungen zitiert. Insgesamt sind 22 Anliegen beschrieben, zu folgenden Themen:

1. Studium der Humanmedizin: Studienwerbende Person mit Asylstatus erlangt Zulassung an einer öffentlichen Universität
2. Zulassung zum Studium an einer öffentlichen Universität (Universitätsberechtigungsverordnung– UBVO)
3. Probleme mit Beglaubigungen im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens an einer öffentlichen Universität
4. Erasmus- Förderung für ein Praktikum an einer öffentlichen Universität
5. Aufrechnung des Kostenbeitrages für das folgende Studienjahr an einer öffentlichen Universität
6. Dissertationsbetreuung an einer öffentlichen Universität: Anliegen betreffend neue Betreuungen nach dreifacher negativer Bewertung der Erstversion
7. Ausländisches Reifezeugnis und Zulassung an einer öffentlichen Universität
8. Anerkennung freier Wahlfächer an einer öffentlichen Universität
9. Verdacht des Ghostwriting an einer Fachhochschule
10. (Anonyme) Beschwerden über nicht durchgeführte Lehrveranstaltungen an einer öffentlichen Universität
11. Britisches Reifezeugnis in einem Aufnahmeverfahren an einer öffentlichen Universität
12. Ermittlung der studienbeitragsfreien Zeit bei curricularer Studienzeitverlängerung des PhD Studiums an einer öffentlichen Universität
13. Zulassung zum Masterstudium ab einer öffentlichen Universität – Durchlässigkeit aufgrund eines ausländischen Abschlusses
14. Registrierungspflicht für Aufnahmeverfahren an einer öffentlichen Universität
15. Keine Prüfungseinsicht möglich – Verschiebung des Wiederholungstermins an einer Fachhochschule

16. Nach Kündigung des Ausbildungsvertrages durch die Fachhochschule nochmaliges Ansuchen auf Aufnahme in denselben Studiengang
17. Informationen über die Anerkennung von positiv absolvierten Leistungen vor Studienbeginn an einer Fachhochschule
18. Kündigung des Ausbildungsvertrages an einer Privatuniversität
19. Durchführung von österreichischen Studien im Ausland
20. Doppelter Studienbeitrag an einer öffentlichen Universität und an einer Pädagogischen Hochschule
21. Rückzahlung der Studienbeihilfe trotz sofortiger Meldung
22. Keine Weiterführung des Studienangebotes einer ausländischen Bildungseinrichtung nach § 27 HS-QSG in Österreich

- **Vorschläge an Organe und Angehörige von Hochschulinstitutionen sowie an den Gesetzgeber**

Insgesamt 18 Vorschläge ergehen an den Gesetzgeber sowie die Organe und Angehörige von hochschulischen Bildungseinrichtungen.

Zehn Vorschläge ergehen an den Gesetzgeber

1. Anerkennung von Prüfungen (§ 78 UG, § 56 HG, § 12 FHStG)
2. Ghostwriting (keine konkreten Paragraphen betreffend)
3. Erlöschen der Zulassung (gemäß § 68 Abs 1 Z UG)
4. Statistische Erhebung anlässlich der Aufnahme (Anmeldung bzw. Zulassung) Studierender
5. Besondere Universitätsreife (§ 65 UG)
6. Wiederholung von Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter an Fachhochschulen (§18 Abs. 2 FHStG)
7. Psychologische Studierendenberatung auch für Studierende an Pädagogischen Hochschulen (§ 68a StudFG)
8. Studienbeitrag bei Mehrfachstudien an einer Fachhochschule (§ 2 Abs 2 FHStG)
9. Veröffentlichung von Ausbildungsverträgen an Fachhochschulen und Privatuniversitäten
10. Gesamtabschlussnote auf Abschlusszeugnissen (§ 7 UHSBV)

Acht Vorschläge ergehen an die Organe und Angehörige der hochschulischen Bildungseinrichtungen und Sonstige Institutionen die mit Studierendenthemen befasst sind.

1. Erlöschen der Zulassung an öffentlichen Universitäten (§ 68 Abs 1 Z 8 UG)
2. Durchlässigkeit
3. Curriculare Verankerung von Lehrveranstaltungen zur guten wissenschaftlichen Praxis in den Pflichtveranstaltungen (an allen Institutionen-Kategorien)
4. Transparenz bei Angeboten einer persönlichen Assistenz für Menschen mit Behinderung und der Antragsstellung von abweichenden Prüfungsmethoden an hochschulischen Bildungseinrichtungen
5. Weiterbildungslehrgänge Coaching
6. Identitätsfeststellung bei der Aufnahme / Zulassung von Studienwerberinnen bzw. Studienwerbern zum Studium mittels Unterstützung durch elektronische Medien
7. Hinweis auf Ratenzahlungen oder Stundung bei bescheidmäßigen Rückzahlungsaufforderungen (Studienbeihilfenbehörde)
8. AQ Austria

Vier Vorschläge wurden gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Anspruchsgruppen in einem Intensivseminar zum Tätigkeitsbericht 2017/18 erarbeitet

1. Besondere Universitätsreife
2. Anerkennungen
3. Studierende als Konsumentinnen und Konsumenten (Fachhochschulen und Privatuniversitäten)
4. Doktoratsstudien

Rückblick:

- Reaktionen und Umsetzungen zu Vorschlägen aus früheren Tätigkeitsberichten
- Vorstellung der weiteren Ombudsstellen im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Ausblick:

Folgende **Arbeitsschwerpunkte** sind für 2020 vorgesehen:

- Weiterentwicklung der Arbeitsmethoden von Ombudsstellen im österreichischen Hochschulraum
- Internationale Entwicklung zur weiteren Verankerung von Ombudsstellen (im Hochschulwesen) in den Schlussdokumenten der „Bologna- Ministerinnen- und Ministerkonferenz“ in Rom im Juni 2020

2020 werden gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern folgende **Veranstaltungen** abgehalten werden:

- Fachtagung „**Recruiting International Potential for Austrian Higher Education Institutions: Obstacles and Opportunities**“ Frühjahr 2020, Wien
- Spezialseminar: **Aufnahme und Bearbeitung von Anliegen / Beschwerden**, Frühjahr 2020, Wien

- Fachtagung: „**Dialog Studierende – hochschulische Bildungseinrichtungen**“, Frühsommer 2020, Salzburg
- Fachtagung: „**Brauchen Pädagogische Hochschulen eine/n Ombudsfrau/mann?**“, Frühherbst 2020, Innsbruck
- Fachtagung: „**Beziehungsverlust durch elektronischen Verkehr: Ist eine Repersonifizierung von „Ämtern“ notwendig?**“ Herbst 2020, Vaduz

Internationale Aktivitäten der Ombudsstelle für Studierende

Die Ombudsstelle für Studierende im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat im Berichtszeitraum an vielfältigen Aktivitäten auf internationaler Ebene teilgenommen: durch Beteiligung an Aktivitäten von ENOHE, dem europäischen Netzwerk von Ombudsstellen im Bereich der Hochschulbildung (mehrere Vorträge durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der jährlichen **ENOHE-Konferenz im Juni 2019 in León**). J. Leidenfrost wurde bei dieser Konferenz zum Präsidenten des Netzwerkes (Funktionsperiode bis 2023) gewählt.

Im Rahmen des **ERASMUS+-Kooperationsprojektes AESOP** (Advocacy Establishment for Students through Ombudsman Position) wird seit 2016 das Konzept von Hochschulombudsstellen auf weitere Staaten Mittel- und Osteuropas sowie auf Aserbaidshan, Georgien und die Ukraine ausgeweitet. Insgesamt wurde im Berichtszeitraum an drei Projekttreffen teilgenommen, an der **Kyiv National Economic University named after Vadym Hetmanin Kiew, Ukraine** am 4. und 5. April 2019, an der **Baku State University in Baku, Aserbeidschan**, vom 26. bis 29. Mai 2019 sowie an der **Akaki Tsereteli State University in Kutaissi, Georgien** vom 14. bis 17. Juli 2019.

Im Rahmen der Social Dimension Working Group der Bologna-Follow-Up Group hat die Ombudsstelle für Studierende im Berichtszeitraum an insgesamt drei Arbeitssitzungen teilgenommen, in **Zagreb, Kroatien, in Brüssel, Belgien sowie in Wien**. Dabei wurden die vorbereitenden Unterlagen für die Bildungsministerinnen- und ministerkonferenz im Sommer 2020 vorbesprochen.